Frauenbarometer 2010
Frauen – Rechte – Geschichte – Errungenschaften

Das diesjährige Frauenbarometer steht im Zeichen des 100. Internationalen Frauentages. Im Rahmen des Schwerpunkts Frauen – Rechte – Geschichte – Errungenschaften beinhaltet das Projekt die vier großen Themenbereiche Rollenbilder, Gleichberechtigung, Frauenbewegungen und Frauenpolitik sowie Arbeit in all ihren Aspekten. Die Kombination von qualitativer und quantitativer Methode erlaubt dabei die Verbindung der Vorteile beider Methoden und ermöglicht sowohl repräsentative Aussagen für die Gruppe der Wienerinnen als auch eine tiefergehende Analyse im Bezug auf soziale Konstruktionen und Wirkmechanismen.

Rollenbilder zwischen Tradition und Veränderung

In den Berichten der Frauen über die Tradierung von Rollenbildern im Rahmen ihrer eigenen Erziehung nehmen emanzipatorische Rollenbilder einen wichtigeren Stellenwert ein als traditionelle. Dabei steht die Erziehung zu allgemeiner Selbständigkeit sowie zu ökonomischer Unabhängigkeit auf Basis einer guten Ausbildung und Berufswahl besonders im Vordergrund.

Der Erziehung zur Selbständigkeit kommt auch in Zusammenhang mit den aktuellen Einstellungen der Frauen eine wichtige Rolle zu: Frauen, die in hohem Ausmaß zur Selbständigkeit erzogen wurden, vertreten durchgängig emanzipatorische Rollenbilder. Während grundsätzlich in den Einstellungen der Wienerinnen emanzipatorische Rollenbilder deutlich stärker verbreitet sind als traditionelle, finden in Bezug auf die Rolle von Müttern in der Kinderbetreuung nach wie vor auch traditionelle Rollenbilder mehrheitliche Zustimmung.

Die Familienarbeit stellt schließlich auch jenen Bereich dar, indem sich – trotz der beobachteten Veränderungen in Erziehung und Einstellung – die geringsten Änderungen im Verhalten der Frauen zeigen.

Gleichberechtigung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Veränderungen in der Gleichberechtigung über die Generationen nehmen die Frauen allen voran in Bezug auf Ausbildungschancen und Entscheidungsfreiheit bei der Berufswahl wahr. Eine wiederum an den tatsächlichen Gegebenheiten orientierte Bewertung erfolgt bezüglich der Gleichberechtigung bei der Aufteilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung: nahezu jede dritte Frau sieht hier keine Veränderung über die Generationen in Richtung mehr Gleichberechtigung.

Gleichberechtigung in Österreich heute voll und ganz verwirklicht sehen die Frauen im Bereich der Ausbildung. Für die Bereiche Erwerbstätigkeit, Hausarbeit, Wiedereinstieg und Vereinbarkeit sehen Frauen Gleichberechtigung nur teils-teils gegeben. Die größte

Ungleichheit zwischen Frauen und Männern erkennen die Frauen im Bereich der Einkommenssituation.

Die Zukunft der Gleichberechtigung hinsichtlich Einkommen und Aufstiegschancen spaltet die Frauen wiederum: Während die eine Hälfte von ihnen der Ansicht ist, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleichberechtigte Aufstiegschancen in Zukunft gegeben sein werden, geht die andere Hälfte davon aus, dass dem nicht so sein wird.

Wer ist für Gleichberechtigung zuständig?

Bei der Zuschreibung von Verantwortung für Gleichberechtigung orientieren sich die Frauen an den bestehenden Kompetenzverteilungen. So sehen sie für Gleichberechtigung vor dem Gesetz in erster Linie politische Institutionen zuständig, Gleichberechtigung im Erwerbsleben ist an erster Stelle Sache der ArbeitgeberInnen. Im Bezug auf die Familienarbeit sehen die Frauen jedoch in erster Linie sich selbst verantwortlich.

Diese Eigenverantwortung, vor allem in der Familienarbeit und im beruflichen Alltag, wird besonders von Frauen mit emanzipatorischen Rollenbildern betont. Hier führt also die emanzipierten Rollenbildern verstärkt zugrunde liegende Autonomie zur Zuschreibung von Selbstverantwortung und zu individualisierenden Lösungen. Diese Annahme wird dadurch unterstützt, dass Frauen mit traditionellen Rollenbildern in höherem Ausmaß politische Institutionen für fehlende Gleichberechtigung verantwortlich machen.

Wissen um die Errungenschaften der Frauenbewegungen

Die Frauenbewegungen sind mit ihren wesentlichen Forderungen und Errungenschaften im Bewusstsein der Frauen verankert. Von der politischen Partizipation und dem Recht auf Berufstätigkeit spannt sich dabei der Erinnerungsbogen über den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und Unabhängigkeit sowie Selbstbestimmung zu den aktuell prominenten Themen der Einkommensgerechtigkeit, des beruflichen Aufstiegs und der Vereinbarkeit.

Welche Maßnahmen haben die Situation von Frauen verbessert?

Die Frauen nennen drei Gruppen von frauenpolitischen Maßnahmen, die eine Verbesserung der Situation von Frauen mit sich gebraucht haben: Zum einen Gleichberechtigung auf gesellschaftlicher Ebene (u.a. gleichberechtigter Bildungszugang und das Recht auf politische Partizipation). Weiters die Einrichtung von Institutionen bzw. Gesetzen, die ein autonomes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen (u.a. Frauenhäuser und die Fristenlösung). Schließlich die Einrichtung von Institutionen und Gesetzen, die Frauen sichtbar machen und ihre Identität anerkennen bzw. stärken (u.a. Frauenbüros und einkommensabhängiges Kindergeld). Als

besonders wichtig empfinden die Frauen dabei den gleichberechtigten Bildungszugang, das Wahl- und Stimmrecht sowie den Gewaltschutz.

Frauenpolitischer Einfluss auf das eigene Leben

Frauenpolitischen Einfluss auf ihr Leben attestieren die Frauen vor allem den Aspekten der Gleichberechtigung auf gesellschaftlicher Ebene: Bildungszugang, politische Partizipation und gesetzlich festgeschriebener gleicher Lohn. Einen etwas geringeren Einfluss auf ihr Leben schreiben die Frauen den Einrichtungen und Gesetzen zum Gewaltschutz zu.

Wünsche und Anliegen für die Zukunft

Anliegen der Frauen an die aktuelle Politik betreffen allen voran Maßnahmen bezüglich der Erwerbsarbeit sowie der Vereinbarkeit: mehr, flexiblere und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsplätze, die Umsetzung von Einkommensgerechtigkeit sowie von Gleichberechtigung und Chancengleichheit im Beruf werden gefordert. Weitere häufig genannte Anliegen betreffen die finanzielle Unterstützung bestimmter Gruppen von Frauen und die Einhaltung bestehender rechtlicher Regelungen.